



Europäische Nachrichtenagenturen haben einen Vorstoß begrüßt, Suchmaschinen wie Google für

angebotene fremde Inhalte bezahlen zu lassen. Die Europäische Allianz der Nachrichtenagenturen (EANA) stellte sich am Montag hinter einen entsprechenden Vorschlag zur Neufassung des Urheberrechts in der EU. Dies wäre aus Sicht der EANA ein "bedeutender Fortschritt" bei den Bemühungen um einen Schutz des Qualitätsjournalismus.

Konkret unterstützte die EANA einen Vorstoß des Berichtstatters des juristischen Dienstes im EU-Parlament, Axel Voss. Er hatte sich gegenüber der Allianz der Nachrichtenagenturen für ein sogenanntes verwandtes Schutzrecht - ähnlich dem deutschen Leistungsschutzrecht - ausgesprochen.

Damit müssten Suchmaschinen künftig für Texte etwa von Agenturen bezahlen, die sie

auszugsweise bei ihren Ergebnissen zeigen. Damit werde der "Fortbestand der Medien gesichert und damit der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen garantiert", erklärte Voss.

Hintergrund ist eine von der EU-Kommission ausgearbeitete Richtlinie zum Urheberrecht, das an das Internet-Zeitalter angepasst werden soll. Ursprünglich war das verwandte Schutzrecht darin vorgesehen. In einem Bericht des Europaparlaments tauchte der Vorschlag allerdings zwischenzeitlich nicht mehr auf.

In der EANA sind 32 europäische Nachrichtenagenturen zusammengeschlossen, darunter neben Agence France-Presse (AFP) auch die Deutsche Presse-Agentur (dpa), die britische Press Association (PA) und die spanische Agentur EFE. AFP